



Resolution

„Kein Weg zurück“

Die Bundesvertreterversammlung des NABU fordert CDU/CSU und SPD dazu auf, den dramatischen negativen Auswirkungen des Verkehrs- und Energiesektors auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und auf das Klima entschieden zu begegnen. Als zentrale Eckpunkten einer solchen Politik

- **ist ein nationales CO₂-Minderungsziel von 40 % bis 2020 festzuschreiben,**
- **ist der Atomausstieg uneingeschränkt beizubehalten,**
- **ist das Auswahlverfahren für einen alternativen Endlagerstandort für Atom-
müll zügig in Anlehnung an den AK End gesetzlich festzuschreiben,**
- **ist die steuerliche Förderung der Ausstattung von Fahrzeugen mit Dieselruß-
filtern umgehend festzuschreiben,**
- **ist für den CO₂-Ausstoß von Neufahrzeugen ein verbindlicher Grenzwert von
120 g/km bis zum Jahr 2010 festzulegen.**

Die deutsche Führungsrolle im Klimaschutz muss auch von der neuen Bundesregierung beibehalten werden. Dafür ist ein nationales CO₂-Minderungsziel von 40 % bis 2020 festzuschreiben, so dass klare mittelfristige Rahmenbedingungen - auch für die nationalen Allokationspläne zum Emissionshandel – gegeben sind.

SPD und CDU/CSU werden aufgefordert, am Atomausstieg festzuhalten. Insbesondere dürfen die Restlaufzeiten weder verlängert noch von neueren auf ältere Anlagen übertragen werden. Das Auswahlverfahren eines alternativen Endlagerstandortes muss zügig in Anlehnung an den AK End gesetzlich festgeschrieben werden.

Der NABU begrüßt die grundsätzliche Einigung von SPD und CDU/CSU über die steuerliche Förderung der Nachrüstung von Rußfiltern in Dieselfahrzeugen. Unzureichend ist dabei aber die Beschränkung der Förderung auf die Nachrüstung alter Fahrzeuge. Auch für Neufahrzeuge muss rückwirkend ab dem 1.1.2005 eine steuerliche Förderung ermöglicht werden. Um weitere Verzögerungen im bisher sehr schleppenden Fortgang der Diskussion zu vermeiden, ist mit den Bundesländern umgehend die Finanzierung regeln.

Der Verkehrssektor trägt mit seinen Immissionen wesentlich zur Verschärfung des Klimawandels bei. Die Senkung der durchschnittlichen CO₂-Emissionen von Neufahrzeugen auf 120 g pro km ist daher ein sehr wichtiges Ziel. Der NABU fordert die Einführung eines verbindlichen Grenzwertes von zunächst 120 g CO₂-Ausstoß pro km bis zum Jahre 2010.

Die NABU Bundesvertreterversammlung

Mainz, 6. November 2005